

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	13
1. Teil: Einleitung	15
2. Teil: Das Problem	19
A. Überblick über die bisherige Entscheidungspraxis	19
I. Entscheidungen der Europäischen Kommission	19
1. Ansatz der Kommission	19
2. Analyse	20
II. Erstinstanzliche Entscheidungen	22
1. Ansatz des EuG	22
2. Analyse	23
III. Urteile des Europäischen Gerichtshofs	23
1. Ansatz des EuGH	23
2. Analyse	24
IV. Zwischenergebnis	25
B. Einteilung in verschiedene Fallgruppen	25
I. Umbenennung des Unternehmens nach dem Kartellrechtsverstoß	25
II. Umwandlung des Unternehmens nach dem Kartellrechtsverstoß	26
III. Verlust der Rechtsfähigkeit nach dem Kartellrechtsverstoß	26
1. Grundsätzliche Lösung	26
2. Abweichende Lösung	27
IV. Verkauf einer Tochtergesellschaft	28
1. Vor dem Verkauf wurde die Tochtergesellschaft „für die Zwecke des Verfahrens“ als Unternehmen angesehen	28
2. Vor dem Verkauf wurde die Tochtergesellschaft „für die Zwecke des Verfahrens“ nicht als Unternehmen angesehen	30
V. Auflösung nach dem Kartellrechtsverstoß	31
1. Auflösung des rechtsfähigen Unternehmensträgers	31
2. Auflösung des Unternehmens	32
VI. Verkauf des betroffenen Geschäftsbereichs nach dem Kartellrechtsverstoß	32
1. Der alte Unternehmensträger bleibt bestehen	32
a) Grundsätzliche Lösung	32
b) Abweichende Lösung	34
2. Der alte Unternehmensträger bleibt nicht bestehen	35
VII. Erlangung der Rechtsfähigkeit nach dem Kartellrechtsverstoß	36
VIII. Zwischenergebnis	38
C. Überblick über die Literatur	39
I. Übernahme des Konzepts der europäischen Praxis	39
II. Kritische Auseinandersetzung mit dem Konzept der europäischen Praxis	41
1. Überlegungen von <i>Dannecker</i> und <i>Hamann</i>	41
2. Überlegungen von <i>Pohlmann</i>	42

3. Überlegungen von <i>Garanzaniti</i> und <i>Scassellati-Sforzolini</i>	43
4. Überlegungen von <i>Lev</i>	45
5. Überlegungen von <i>Lessenich</i>	46
III. Stellungnahme zu den Literaturansichten	48
D. Ergebnis zu Teil 2	49
3. Teil: Der Unternehmensbegriff der Art. 81, 82 EGV	51
A. Der Unternehmensbegriff	51
I. Unternehmen im materiellen Sinne	51
1. Gesetzliche Definition	51
a) Definition der Art. 80 EGKS, 196 Abs. 1 Buchstabe b EuroatomV	51
b) Definition des Art. 1 des Protokolls 22 zum EWR-Abkommen	52
2. Übersicht über Praxis und Literatur	53
a) Unternehmen im funktionellen Sinne	53
b) Unternehmen als Objekt	54
c) Unternehmen als Subjekt	54
aa) Stand der Praxis	54
(1) Rechtsfähigkeit bei Unternehmen allgemein	54
(2) Besonderheiten bezüglich des Rechtsnachfolgeproblems	55
bb) Stand der Literatur	55
II. Unternehmen im verfahrensrechtlichen Sinne	56
III. Eigene Ansicht	56
1. Unternehmensbegriff	57
2. Besonderheiten zum Problem der Rechtsnachfolge	60
3. Bestimmung der Rechtsfähigkeit	62
4. Zwischenergebnis	63
B. Ergebnis zu Teil 3	63
4. Teil: Entwicklung eines eigenen Lösungskonzepts	65
A. Einführung	65
B. Begriffsbestimmung	65
I. Rechtsnachfolge von Unternehmen	65
II. Gesamt- und Einzelrechtsnachfolge	66
1. Gesamtrechtsnachfolge	67
2. Einzelrechtsnachfolge	68
C. Abstrakte Voraussetzungen für die Rechtsnachfolge von Unternehmen im europäischen Kartellrecht	68
I. Erforderlichkeit abstrakter Voraussetzungen	68
II. Entwicklung abstrakter Voraussetzungen aus der Kasuistik	69
III. Übernahme abstrakter Voraussetzungen aus dem deutschen Recht	70
1. Rechtsnachfolge- bzw. Übergangstatbestand	71
2. Rechtsnachfolge- bzw. Übergangsfähigkeit	73
3. Zwischenergebnis	74

IV.	Vorgehensweise mit den gefundenen abstrakten Voraussetzungen	75
V.	Formeller und materieller Rechtsnachfolger	75
	1. Formeller Rechtsnachfolger	76
	2. Materieller Rechtsnachfolger	76
	3. Zwischenergebnis	76
VI.	Ergebnis zu den abstrakten Voraussetzungen	76
D.	Bestimmung des formellen Rechtsnachfolgers	76
I.	Gesetzliche Regelungen	77
	1. Europäisches Recht	77
	a) Art. 3 Abs. 1 Betriebsübergangsrichtlinie	77
	b) Art. 19 Abs. 1 Buchstabe a Fusions- / Art. 17 Abs. 1 Buchstabe a Spaltungsrichtlinie	78
	aa) Fusion und Spaltung im Sinne der Richtlinien	78
	bb) Anwendbarkeit nach dem Wortlaut	79
	cc) Begrenzter Anwendungsbereich der Richtlinien	79
	dd) Direkte Anwendbarkeit der Richtlinien	80
	ff) Zwischenergebnis	81
	c) Ergebnis zu den Rechtsnachfolgetatbeständen aus dem europäischen Recht	81
	2. Nationales Umwandlungsrecht	81
	a) Anwendbarkeit nationaler Normen zur Lösung eines gemeinschaftsrechtlichen Problems	82
	b) Einheitlicher Kern der nationalen Gesamtrechtsnachfolgetatbestände	83
	aa) Von den Richtlinien erfasste Bereiche	83
	(1) Besonderheiten in Bezug auf die Richtlinien	83
	(2) Umsetzung der Richtlinien in die nationalen Rechtsordnungen	84
	α) Belgien	84
	β) Dänemark	85
	γ) Deutschland	85
	δ) Finnland	86
	ε) Frankreich	87
	ζ) Griechenland	88
	η) Irland	89
	θ) Italien	89
	ι) Luxemburg	90
	κ) Niederlande	91
	λ) Österreich	91
	μ) Portugal	92
	ν) Schweden	93
	ξ) Spanien	93
	ο) Vereinigtes Königreich	94
	(3) Zwischenergebnis	95
	bb) Bereiche ohne Richtlinie	96
	(1) Andere Gesellschaftsformen	96

(2) Andere Umstrukturierungsprozesse	96
cc) Zwischenergebnis	97
c) Anwendbarkeit nach dem Wortlaut	97
d) Übertragbarkeit auf das europäische Kartellrecht	97
aa) Adressatenkreis des Umwandlungsrechts	98
bb) Erfassung kartellrechtlicher Rechte und Pflichten	99
(1) Vermögensübertragung im Wege der Gesamtrechtsnachfolge	99
(2) Vermögensübertragung im Wege der Einzelrechtsnachfolge	102
e) Ergebnis zu den gesetzlichen Regelungen aus dem nationalen Recht	103
II. Anwendung auf die drei wichtigsten Umstrukturierungsprozesse	103
1. Verschmelzung eines Unternehmens	103
2. Spaltung eines Unternehmens	104
a) Das übertragende Unternehmen wird aufgelöst	104
b) Das übertragende Unternehmen bleibt bestehen	104
3. Formwechsel eines Unternehmens	105
III. Regelungsvorschlag	106
E. Bestimmung des materiellen Rechtsnachfolgers	107
I. Rechtsnachfolgefähigkeit	107
1. Untersuchung der Rechtsnachfolgefähigkeit trotz grundsätzlicher Kontinuität	107
2. Kriterium für die Rechtsnachfolgefähigkeit	108
II. Rechtsnachfolgefähigkeit in den verschiedenen Bereichen des europäischen Kartellrechts	109
1. Zivilrechtliche Folgen eines Verstoßes gegen Art. 81, 82 EGV	110
a) Nichtigkeit nach Art. 81 Abs. 2 EGV	110
aa) Überblick	110
bb) Rechtsnachfolgefähigkeit	111
b) Nichtigkeit oder Unwirksamkeit infolge eines Verstoßes gegen Art. 82 EGV	111
aa) Überblick	111
bb) Rechtsnachfolgefähigkeit	112
c) Folgeansprüche	113
aa) Überblick	113
bb) Rechtsnachfolgefähigkeit	114
(1) Unterlassungsansprüche	114
(2) Beseitigungsansprüche	115
(3) Bereicherungsansprüche	117
(4) Schadensersatzansprüche	117
d) Zwischenergebnis	118
2. Bußgeldrechtliche Folgen eines Verstoßes gegen Art. 81, 82 EGV	119
a) Rechtsnatur	119
b) Besonderheiten des Bußgeldtatbestandes	119
c) Rechtsnachfolgefähigkeit	119
aa) Rechtsnachfolgefähigkeit der festgestellten	

Bußgeldverpflichtung	120
bb) Rechtsnachfolgefähigkeit der Möglichkeit der Bußgeldverpflichtung	122
d) Zurechenbarkeit des Kartellverstoßes	124
aa) Zurechnungsproblematik nach der Lösung der Kommission, des EuG und des EuGH	124
bb) Abgrenzung zur Rechtsnachfolge im materiellen Sinne	125
cc) Voraussetzungen der Zurechnung	126
(1) Vergleich mit anderen Zurechnungsfällen	126
α) Zurechnung innerhalb von Konzernen	126
β) Zurechnung des Handelns und Verschuldens natürlicher Personen gegenüber Unternehmen	127
(2) Zulässigkeit der Zurechnung	129
(3) Zurechnungstatbestand de lege lata	130
α) Gesetzliche Zurechnungstatbestände	130
β) Erforderlichkeit gesetzlicher Zurechnungstatbestände	131
(4) Zurechnungstatbestand de lege ferenda	133
e) Zwischenergebnis	133
3. Verwaltungsrechtliche Folgen eines Verstoßes gegen Art. 81, 82 EGV	134
a) Feststellung des Verstoßes	134
aa) Überblick	134
bb) Rechtsnachfolgefähigkeit	134
b) Abstellungsverpflichtung	136
aa) Überblick	136
bb) Rechtsnachfolgefähigkeit	136
(1) Rechtsnachfolgefähigkeit einer aufgrund der Art. 81, 82 EGV bestehenden Abstellungsverpflichtung	136
(2) Rechtsnachfolgefähigkeit der Abstellungsentscheidung	137
c) Festsetzung von Zwangsgeldern	138
aa) Überblick	138
bb) Rechtsnachfolgefähigkeit	139
(1) Rechtsnachfolge nach der Abstellungsentscheidung und vor der Zwangsgeldandrohung	139
(2) Rechtsnachfolge nach der Zwangsgeldandrohung und vor der endgültigen Zwangsgeldfestsetzung	140
α) Rechtsnachfolge vor Eintritt des Verzuges	140
β) Rechtsnachfolge nach Eintritt des Verzuges	142
αα) Rechtsnachfolger setzt Zuwiderhandlung nicht fort	143
ββ) Rechtsnachfolger setzt Zuwiderhandlung fort	144
(3) Rechtsnachfolge nach der endgültigen Zwangsgeldfestsetzung	145
d) Zwischenergebnis	146
4. Andere verwaltungsrechtliche Entscheidungen	146
a) Einzelfreistellung	147
aa) Überblick	147
bb) Rechtsnachfolgefähigkeit	147
b) Negativattest und Verwaltungsschreiben	148

aa) Negativattest	148
bb) Verwaltungsschreiben	149
cc) Rechtsnachfolgefähigkeit	150
c) Zwischenergebnis	151
III. Regelungsvorschlag	151
F. Ergebnis zu Teil 4	152
5. Teil: Vergleich mit der Lösung der Kommission, des EuG und des EuGH	153
A. Umbenennung des Unternehmens nach dem Kartellrechtsverstoß	153
B. Formwechselnde Umwandlung des Unternehmens nach dem Kartellrechtsverstoß	153
C. Verlust der Rechtsfähigkeit nach dem Kartellrechtsverstoß	154
I. Begriff der Unternehmensübernahme	154
II. Folgen einer Verschmelzung oder Spaltung	155
D. Verkauf einer Tochtergesellschaft	156
I. Folgen des Verkaufs für die Tochtergesellschaft	157
1. Die Tochtergesellschaft bleibt nach dem Verkauf bestehen	157
2. Die Tochtergesellschaft wird nach dem Verkauf aufgelöst	157
II. Folgen des Verkaufs für die Muttergesellschaft	158
E. Auflösung des Unternehmens nach dem Kartellrechtsverstoß	158
F. Verkauf des betroffenen Geschäftsbereichs nach dem Kartellrechtsverstoß	159
I. Das Subjekt Unternehmen bleibt bestehen	159
II. Das Subjekt Unternehmen bleibt nicht bestehen	160
G. Erlangung der Rechtsfähigkeit nach dem Kartellrechtsverstoß	161
H. Vorteile des eigenen Ansatzes	161
6. Teil: Zusammenfassung des eigenen Lösungsvorschlags	163
Literaturverzeichnis	167